

# Nur ein Zwischentief für die Ostschweiz

Die Machtverteilung zwischen den Regionen funktioniert. Von Christoph Wagner und Marc Bühlmann

Kein Bundesrat mehr, kein Parteipräsident mehr – die Ostschweiz fühlt sich benachteiligt. Das ist jedoch nur eine Momentaufnahme: Der Zugang zur Macht schwankt bei allen Landesteilen stark.

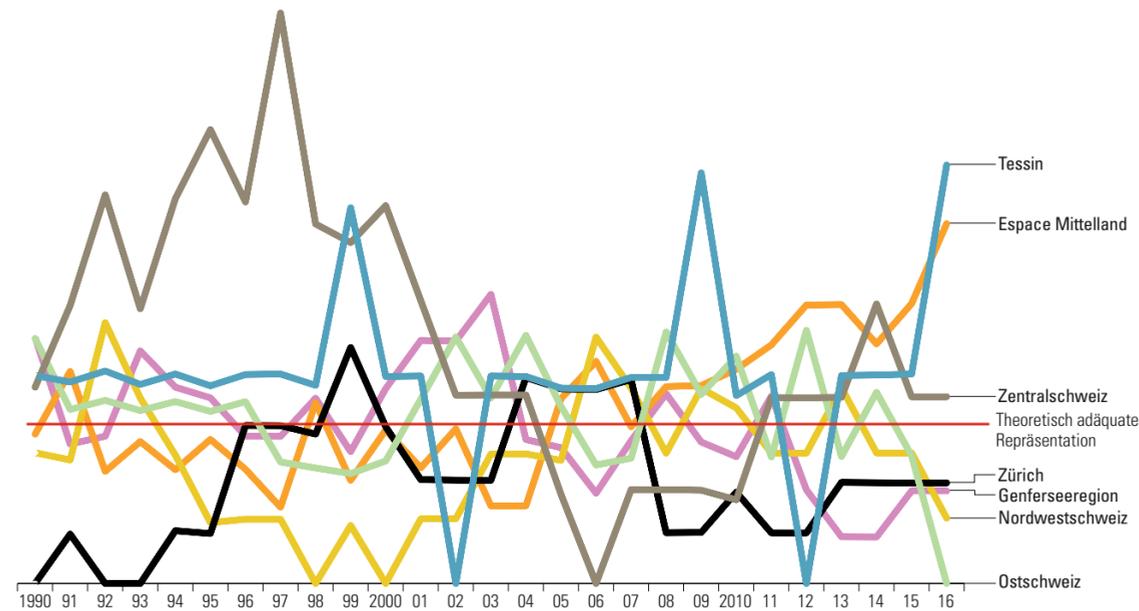
Der Wechsel im Parteipräsidium der SVP von Toni Brunner zu Albert Rösti bringt die Ostschweiz um ihre letzte einflussreiche Position in Bundesbern. Bereits seit letztem Dezember war klar, dass der östliche Teil der Schweiz keinen Bundesrat mehr stellt. Mit dem Abgang Brunners verlässt die Ostschweiz den «Zirkel der Macht» in Bundesbern nun aber vollständig. Muss die Region also um Macht und Einfluss bangen?

Eine von Année Politique Suisse (APS) durchgeführte Analyse der Herkunft der Trägerinnen und Träger bundesweit wichtiger Ämter seit 1990 vermag die vermeintlich düstere Situation der Ostschweiz ein wenig aufzuheben. Bei der Betrachtung der langfristigen Entwicklung der Repräsentation der sieben Grossregionen (Genferseeregion, Espace Mittelland, Nordwestschweiz, Zürich, Ostschweiz, Zentralschweiz, Tessin) sticht als Erstes ins Auge, dass die Situation, in der sich die Ostschweiz derzeit befindet, keineswegs eine Seltenheit darstellt. Zwischen 1990 und 2016 hatte die Zentralschweiz einmal, die Nordwestschweiz und das Tessin zweimal je über ein Jahr, Zürich einmal über ein Jahr und einmal gar über zwei Jahre keine der rund zwanzig von APS als einflussreich taxierte Positionen (Bundesrat, Nationalrats-, Ständerats-, Fraktions- oder Parteipräsidium) inne.

## Ostschweiz lange übervertreten

Es lässt sich darüber streiten, ob die personelle Besetzung einflussreicher Positionen tatsächlich auch eine regionale Vertretung mit sich bringt. Zumindest theoretisch kann aber argumentiert werden, dass die Chance eines Landesteiles, sich im Machtzentrum in Bern Gehör zu verschaffen, steigt, je mehr einflussreiche Positionen mit regionalen Vertretern besetzt sind. Für unsere Analyse gehen wir zudem von der vereinfachten Annahme aus, dass unsere ausgewählten Ämter alle ähnlich starke Möglichkeiten für regionale Repräsentation bieten. Bei einer perfekt ausgeglichenen Vertretung aller Grossregionen entspräche der Anteil der von einer Region gestellten Machsträger ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. Mit dem Quotien-

Wo die Mächtigen im Bundesstaat herkommen  
Über- und Unterrepräsentation der Grossregionen zwischen 1990 und 2016



Repräsentation gemessen anhand des Anteils an Machsträgern aus einer Region an allen Machsträgern (Bundesrat, Nationalrats-, Ständerats-, Fraktions- und Parteipräsidium) im Verhältnis zum Anteil der Bevölkerung einer Region an der Gesamtbevölkerung.

QUELLE: UNIVERSITÄT BERN

ten aus Machsträger- und Gesamtbevölkerungsanteil bestimmen wir ein Mass der Repräsentation, mit dem wir auch die längerfristige Über- bzw. Untervertretung beurteilen können.

Betrachtet man die Situation der Ostschweiz unter diesem Aspekt, können die heutigen Klagen relativiert werden: Seit 1990 war der östliche Landesteil nämlich während total 17 Jahren eher übervertreten. Unser Repräsentationsmass zeigt zudem auch eine leichte durchschnittliche Übervertretung über den gesamten Zeitraum. Verglichen mit den anderen Grossregionen gehörte sie damit in letzter Zeit also zu den einflussreicheren Landesteilen. Lediglich die Regionen Tessin und Zentralschweiz waren im Schnitt zwischen 1990 und 2017 noch besser repräsentiert.

Der «Podestplatz» des Tessins mag angesichts der virulent diskutierten Untervertretung der italienischen Schweiz in der Exekutive überraschen – im Moment ist eine parlamentarische Initiative der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates hängig, die deswegen gar den Ausbau des Bundesrates auf neun Mitglieder fordert. Tatsächlich kann bei einer einseitigen Betrachtung

der Bundesratsmitglieder von einer recht langen Zeit der Absenz des Tessins gesprochen werden. Aus unserer Analyse eines erweiterten Machtkreises geht jedoch hervor, dass sich die vergleichsweise kleine Region ennet dem Gotthard in Bundesbern durchaus zu behaupten weiss: In nicht weniger als 25 von 27 Jahren war sie übervertreten. Zurzeit stellt das Tessin mit Filippo Lombardi und Ignazio Cassis sowohl den Fraktionspräsidenten der CVP als auch denjenigen der FDP.

## Spitzenreiter Innerschweiz

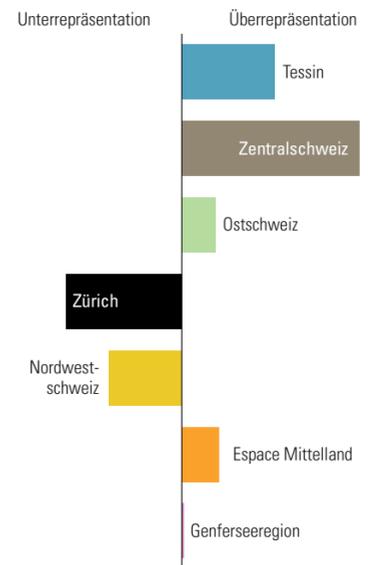
Der eindeutige Spitzenreiter in Sachen Machsträger zwischen 1990 und 2017 ist die Zentralschweiz. Im Schnitt schickte die Innerschweiz eineinhalbmal so viele Machsträger nach Bern, wie ihr aufgrund ihres Bevölkerungsanteils eigentlich zugestanden hätten. Freilich musste auch die Zentralschweiz nach den eidgenössischen Wahlen fürchten, 2016 keine Machtposition mehr zu besetzen. Mit dem Präsidium der FDP, das seit letzten Samstag in den Händen der Schwyzerin Petra Gössi liegt, und der Übergabe der CVP-Leitung an den Zuger Gerhard

Pfister wird sie aber in Bern weiterhin starken Einfluss nehmen können.

Wo es Übervertretung gibt, muss es auch Untervertretung geben; diese findet sich insbesondere in den Regionen Nordwestschweiz und Zürich. Nur gerade während sieben Jahren war die Nordwestschweiz leicht überrepräsentiert, Zürich weist sogar nur eine solche Phase von fünf Jahren auf. Entsprechend weisen beide Regionen auch im Durchschnitt eine deutliche Untervertretung auf. Die Nordwestschweiz wird seit dem Wechsel an der FDP-Spitze im Moment nur noch von Doris Leuthard vertreten, für Zürich hält neben Ueli Maurer nur noch der grüne Fraktionspräsident Balthasar Glättli die Fahne in Bern hoch.

In den letzten 30 Jahren praktisch perfekt repräsentiert wurde die Region Lémanique, die zwar seit 2012, also seit dem Rücktritt von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, leicht untervertreten ist, aber zusammen mit dem Mittelland seit 1990 konstant immer mindestens eine der Machtpositionen in Bern besetzt hatte. Im Gegensatz dazu fällt die seit 2007 zunehmende Übervertretung des Espace Mittelland auf. Zurzeit

Mittlere Über- und Unterrepräsentation der Grossregionen zwischen 1990 und 2016



Durchschnitt aus den Jahren 1990 bis 2016. Die ausgezogene Linie stellt die theoretisch adäquate Repräsentation einer Region dar.

NZZ-Infografik/cke.

stammt – mit der Wahl von Albert Rösti an die Spitze der SVP – die Hälfte aller Machsträger aus dieser Region.

## Föderales System funktioniert

In föderal organisierten Staaten ist die adäquate Vertretung aller Einheiten von grosser Bedeutung. Unter- und Übervertretung einzelner Regionen kommen zwar immer wieder vor; in einer funktionierenden Demokratie darf diese Über- oder Unterrepräsentation allerdings nicht dauerhaft sein. Auch wenn die Ostschweiz über eine derzeitige Nichtvertretung lamentieren mag, unsere langfristige Betrachtung zeigt, dass die Repräsentation der Landesteile in der Schweiz grundsätzlich gut funktioniert. Es ist auch im Fall der Ostschweiz nicht anzunehmen, dass ihre momentane Lage von Dauer sein wird, ebenso wenig wie ein Anhalten der massiven Überrepräsentation des Mittellandes.

Christoph Wagner arbeitet bei Année Politique Suisse am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Marc Bühlmann ist Direktor von Année Politique Suisse.

## Anklage wegen versuchter Vergewaltigung

Asylbewerber soll ins Gefängnis

(sda) · Laut Angaben der Aargauer Staatsanwaltschaft vom Dienstag war es am 22. Januar in einer Asylunterkunft zum sexuellen Übergriff auf eine Betreuerin gekommen. Tatort war die Waschküche der unterirdischen Unterkunft beim Regionalspital in Laufenburg. Der 19-jährige Beschuldigte aus dem Sudan soll die Türe zur Waschküche von innen abgeschlossen und den Schlüssel entfernt haben. Danach habe er die Betreuerin zuerst an den Hüften gepackt und ihr später über die Brüste gestrichen und gezielt zwischen die Beine gegriffen.

Die Staatsanwaltschaft fordert wegen versuchter Vergewaltigung eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren. Davon soll der Mann ein Jahr im Gefängnis absitzen. Die Staatsanwaltschaft stellt auch den Eventualantrag, dass der Asylbewerber wegen sexueller Nötigung zu einer teilbedingten Freiheitsstrafe von einem Jahr verurteilt wird.

## Das Ende der Genügsamkeit

In der Stadt Bern zerbricht die rot-grüne Allianz nach 24 Jahren

Der politische Knall wurde in einer dünnen Mitteilung kommuniziert: Die rot-grüne Allianz, die die Stadt Bern seit 1992 regiert, zieht getrennt in die Gemeindevahlen. Nun dreht sich alles um einen Kopf.

DANIEL GERNY

Zuletzt ging es in der Stadtberner Politik fast nur noch um Personen und Posten: Lange bevor Stadtpräsident Alexander Tschäppät (sp.) seinen Rücktritt offiziell ankündigte, bereitete die Stadtberner SP seine Erbfolge vor. Gemeinderätin Ursula Wyss, bis 2012 Chefin der SP-Bundeshausfraktion, galt für die Partei als unangefochten gesetzt. Doch die Grüne Partei (gp.) und die Grüne Freie Liste (gfl.), die mit der SP das Rot-Grün-Mitte-Bündnis (RGM) bilden, wollen für die städtischen Wahlen vom kommenden November eigene Kandidaten aufstellen – die GP mit Franziska Teu-

scher und die GFL mit Alec von Grafenried. An dieser Personalfrage ist die legendäre Allianz, die die Stadtberner Politik seit 1992 dominiert, zerbrochen.

## Auch Bürgerliche zersplittert

Nach langen Verhandlungen träten die bisherigen Bündnispartner «wahrscheinlich» nicht mit einer gemeinsamen Liste zu den Gemeinderatswahlen an, teilten die Partner in einem Communiqué mit. Zwar muss die Basis der Parteien ihre jeweiligen Kandidaturen fürs Stadtpräsidium noch bestätigen, doch dass es zu einer Kehrtwende kommt, ist unwahrscheinlich: Der Bruch zeichnet sich schon seit Monaten ab. In immer neuen Gesprächsrunden zeigte sich, dass die GFL keinesfalls auf von Grafenried als Kandidat fürs Stadtpräsidium verzichten will – mit gutem Grund: In einer Stichwahl gegen Wyss hätte von Grafenried, der bis 2015 im Nationalrat sass, reelle Chancen.

In den letzten Jahren hatten die GP und die SP ihre Mehrheit in der Stadt-

regierung immer unverfrorener ausgespielt. Von Selbstgefälligkeit und Genügsamkeit ist nicht nur bei den Rechten die Rede. Die Folgen des Bruchs für die kommenden Wahlen sind dennoch unabsehbar: Denn nicht nur das linke, sondern auch das bürgerliche Lager ist zersplittert, so dass keineswegs sicher ist, dass dieses von der neuen Situation profitieren kann. Das bedeutet: Praktisch jeder Sitz ist akut gefährdet.

## Berner Hang zur Konstanz

Auch für von Grafenried, um den sich alles dreht, steht viel auf dem Spiel. Ob seine Partei im Herbst genügend Stimmen macht, um einen Sitz in der Stadtregierung zu holen – und ihrem Kandidaten damit den Weg zur Stichwahl ums Präsidium ebnet –, ist offen. Seine Wahl würde zweifellos zu willkommenen Akzentverschiebungen in der Berner Politik führen. Gegen die Wahl von Grafenrieds spricht der Berner Hang zur Konstanz: Das Stadtpräsidium ist inzwischen seit 23 Jahren in sozialdemokratischer Hand.

## Fahrende müssen Neuenburg verlassen

Keine Durchgangsplätze genehmigt

(sda) · Der Kanton Neuenburg, Besitzer der Parzelle, hat entschieden, dass die Fahrenden aus Frankreich weiterziehen müssen. Die Leute hatten sich provisorisch auf einem Platz bei Colombier (NE) installiert. «Die Neuenburger Polizei wird diesen Entscheid mit Augenmass umsetzen», teilte der Regierungsrat am Dienstag mit. Die Exekutive hält fest, dass sie zurzeit keinen weiteren Kommentar zur Affäre abgibt.

Die Wohnwagen der Fahrenden waren am 17. April aus Frankreich an den Neuenburgersee gekommen. Die Gemeinde Colombier fixierte zunächst den 21. April als Datum für die Abreise, verlängerte diesen Termin dann bis Montag. Die Fahrenden sollten damit Zeit bekommen, um ausserhalb des Kantons oder bei einem privaten Landbesitzer einen Standort zu finden. Die Regierung entschied bereits früher, dass 2016 keine Durchgangsplätze auf Kantonsgebiet zur Verfügung gestellt werden.